

Niederschrift

BaMo/009/2022

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine
am 03.02.2022

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Heiko Isfort	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Engelbert Nagelschmidt	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Oechtering	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr Guido Scholz	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Franz-Josef Hesping	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Mahmoud Tahmaz	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Vertreter:

Herr Maik Bierbaum	SPD	Sachkundiger Bürger - zur Verpflichtung ab 18:45 Uhr
Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Christian Jansen
Herr Christian Heeke	CDU	Vertretung für Frau Claudia Reinke
Herr Manoharan Murali	SPD	Vertretung für Frau Anna-Lena Storm
Herr Detlef Weßling	BfR	Vertretung für Herrn Claus Schröder

Gäste:

Herr Pier	Landesbetrieb Straßenbau NRW
Frau Heimann	Landesbetrieb Straßenbau NRW

Verwaltung:

Frau Milena Schauer	Beigeordnete
Frau Elke Jaske	Fachbereichsleiterin Planen und Bauen
Herr Dr. Jochen Vennekötter	Betriebsleiter TBR
Herr Mario Kaiser	Produktverantwortlicher Zentrale Gebäudewirtschaft
Herr Thomas Roling	Produktverantwortlicher Mobilitäts- und Verkehrsplanung
Herr Rüdiger Elbers	Mitarbeiter Straßenverkehrsbehörde
Frau Anke Fischer	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr Claus Schröder	BfR	Sachkundiger Bürger
Frau Anna-Lena Storm	SPD	Sachkundige Bürgerin

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Herr Schomaker von der UWG beantragt, TOP 11 der Tagesordnung abzusetzen. Mögliche Alternativen seien seiner Meinung nach nicht ausreichend geprüft worden und auch die Darstellung der Folgekosten fehle in der Vorlage.

Frau Schauer kann verstehen, dass es Klärungsbedarf seitens der Fraktionen gebe, schlägt aber vor, den TOP auf der Tagesordnung zu belassen, da sie in der Diskussion dann einiges zur Klärung beitragen könne.

Herr Brauer lässt über den Antrag abstimmen:

1 Ja Stimme
1 Enthaltung
mehrheitlich abgelehnt

Herr Brauer schlägt vor TOP 11 und TOP 14 aus organisatorischen Gründen zu tauschen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorgehen so zu.

Im Verlauf der Sitzung (vor TOP 12) wurde der sachkundige Bürger der SPD Fraktion, Mike Bierbaum, vom Ausschussvorsitzenden verpflichtet. Er vertrat nachfolgend Herrn Murali, der an der Sitzung nicht mehr teilnehmen konnte.

Öffentlicher Teil:

1. **Niederschrift Nr. 005/21 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses und des Schulausschusses am 09.09.2021**

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. **Niederschrift Nr. 007/21 über die öffentliche Sitzung am 27.10.2021**

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

3. **Niederschrift Nr. 008/21 über die öffentliche Sitzung am 24.11.2021**

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

4. **Informationen der Verwaltung**

1.	TOP 21 ÖS	Herr Brauer BaMo 27.10.2021	Signalanlage Friedrich-Ebert- Ring/Heinrich-Lübke-Straße
----	--------------	--------------------------------	---

Antwort TBR - Herr Forstmann/Frau Schauer

Herr Brauer berichtet von der Signalanlage Friedrich-Ebert-Ring/Heinrich-Lübke-Straße, dass diese schon längere Zeit außer Betrieb sei. Dem Bau- und Mobilitätsausschuss sei mitgeteilt worden, dass diese Signalanlage zurückgebaut werde, da eine Reparatur zu kostenaufwendig sei. Herr Brauer möchte wissen, ob und wann diese Signalanlage wieder dort stehen werde.

Herr Jansen ergänzt, dass die genannte Ampelanlage nicht abgehängt sei, was dazu führe, dass man ein riesiges Problem bei entsprechender Lichteinstrahlung habe, zu erkennen, ob die Ampel an oder aus sei. Es wäre wichtig, die Ampelanlage abzuhängen, wenn sie nicht genutzt werden könne.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass er keine neuen Angaben habe. Er werde nachfragen und zeitnah dazu etwas sagen.

Antwort

Es sind von den Technischen Betrieben vier Schilder mit dem Hinweis „Anlage aus“ angebracht worden. Eine Vorlage zur Zukunft der Lichtsignalanlage wird in eine der nächsten Ausschusssitzungen eingebracht.

2.	TOP 21 ÖS	Herr Moritzer BaMo 24.11.2021	Bereich Marienstraße – Hörstkamp Wendehammer
Antwort TBR - Herr Roling			

Herr Moritzer erklärt, dass es um den Bereich Marienstraße/Hörstkamp gehe, an der ein Wendehammer erstellt werden solle. Allerdings stehe dort ein großer Baum. Herr Moritzer möchte wissen, ob dieser Baum erhalten bleibe oder ob dieser gefällt werde.

Herr Dr. Vennekötter nimmt die Anfrage zur Beantwortung mit.

Antwort TBR

Der vorhandene Baum wird im Zuge der Neuplanung zur Anbindung der Marienstraße, auf Grund der neuen Trassierung und Höhenentwicklung, entfernt werden.

3.	TOP 21 ÖS	Herr Moritzer BaMo 24.11.2021	Glascontainer Thiekapelle
Antwort TBR -Frau Starke			

Herr Moritzer weist darauf hin, dass vor der Thie-Kapelle, stadtauswärts, Glascontainer aufgestellt worden seien. Er möchte wissen, ob man die Glascontainer anders verorten könne.

Herr Dr. Vennekötter nimmt die Anfrage zur Beantwortung mit.

Antwort TBR

Ähnliche Anfragen zur Versetzung der Container hat es bereits in den Jahren 2018 und 2020 zur Prüfung gegeben, wobei beide Anfragen abgelehnt werden mussten.

Der jetzige Standort ist insoweit optimal, da er für die Bürger gut erreichbar bzw. anzufahren ist. Gleichzeitig ist er, bezüglich der Lärmbelästigung, weit genug von den Wohnhäusern entfernt. Eine adäquate Alternative für einen Standort in der näheren Umgebung steht aktuell nicht zur Verfügung. Das Versetzen der Container ist daher nicht zweckdienlich.

4.	TOP 14 ÖS	Frau Achterkamp BaMo 24.11.2021	Verkehrssicherheit für Mesum - Hohe Heideweg
Antwort TBR - Herr Roling			

Frau Achterkamp fragt, ob es schon einen Termin für den Ausbau der Straße Hohe Heideweg gebe.

Frau Schauer nimmt die Anfrage zur Prüfung mit.

Antwort TBR - Herr Roling

Nach derzeitigem Planungsstand ist der Ausbau der Straße Hohe Heideweg für Herbst 2022 eingeplant.

5. Informationsfahrt des Bau- und Mobilitätsausschuss der Stadt Rheine zu einer Fahrradstadt in den Niederlanden

Frau Schauer erklärt, dass man mit dem Bau- und Mobilitätsausschuss im Juli oder August 2022 gerne nach Zwolle fahren möchte, da diese die fahrradfreundlichste Stadt in den Niederlanden ist und mit Rheine vergleichbar sei. Sie hoffe, dass der Ausschuss zustimme und man eine Terminabfrage initiieren könne. Danach würde man einen Bus organisieren und ein Tagesprogramm aufstellen.

Herr Schaper bittet bei den Terminen auf die Sommerferien zu achten.

Stadt Rheine
Der Bürgermeister
- FB 5.30 wo -

Zur Organisation einer Informationsfahrt hat die Verwaltung Kontakt mit der Niederländischen Gemeinde Zwolle aufgenommen.

Neben Utrecht und Groningen wird die Stadt Zwolle als eine der fahrradfreundlichsten Städte in den Niederlanden bezeichnet.

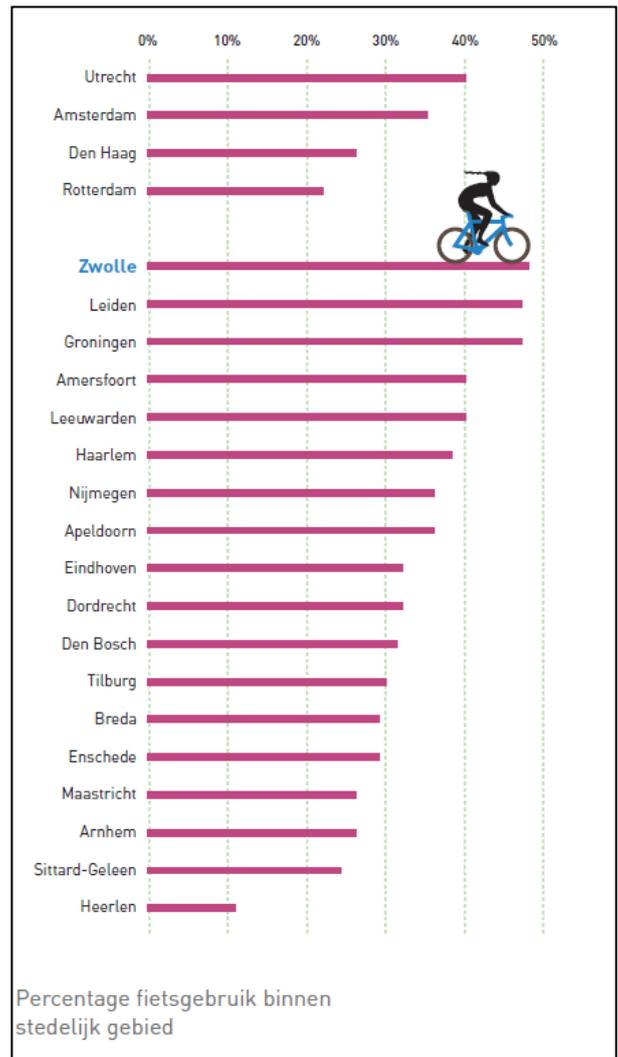
Zwolle wurde 2014 vom Nationalen Radfahrerverband zur Fahrradstadt 2014 ausgerufen, hat sich seitdem jedoch nicht auf seinen Lorbeeren ausgeruht.

Nach eigenen Angaben hat Zwolle, mit fast 50% aller Fahrten innerhalb der Stadt, die höchste Fahrradnutzung in den Niederlanden.

Zwolle setzt aktuell die Mobilitätsvision 2020-2030 „*Mobility bringt Zwolle weiter*“ um und wendet dabei innovative Lösungen von der Fahrradstraße über Fahrradkreisel bis hin zu kostenlosen bewachten Parkmöglichkeiten in der Innenstadt an.

Die Informationsfahrt soll außerhalb der Ferienzeiten im Juni bzw. August 2022 durchgeführt werden.

Abbildung aus: Mobility Vision, *Mobility bringt Zwolle weiter*“



Über eine Terminabfrage werden Termin und Teilnehmer bestimmt. Die Anreise würde dann gemeinschaftlich mit dem Bus erfolgen.

4.1. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

Herr Elbers berichtet, dass sich Bürger in Bezug auf den **Kreuzungsbereich Ochtruper Straße/Brechtestraße/Kämpfe** an die SPD-Fraktion gewandt und auch ihr Anliegen an Frau Schauer geschickt haben. Herr Elbers erklärt, dass man sich die Situation mit dem Arbeitskreis Verkehr angesehen habe und als Sofortmaßnahme eine Geschwindigkeitsanzeigttafel für 1-2 Wochen installieren werde. Kurzfristig sollen dann die Absperrerelemente (Ketten) auf Höhe des Uhlenshooks entfernt und durch Absperrbügel im Kreuzungsbereich ersetzt werden. Desweiteren werde es noch eine Gehwegabsenkung auf Höhe der Kreuzung Brechtestraße geben. Herr Elbers weist darauf hin, dass der gesamte Bereich mittelfristig überplant werde, wobei man dann auch die Möglichkeit eines Kreisverkehrs prüfen werde.

Herr Elbers weist auf einen Antrag der Mitglieder der FDP und CDU hin, sich sämtliche **Ortsausgangsstraßen** in Bezug auf die Standorte der **Ortstafeln** und der **Geschwindigkeit** anzusehen. Zum gleichen Thema gebe es eine Anforderung vom Stadtteilbeirat Elte für die Brückenstraße. Herr Elbers erklärt, dass man sich Ortstermine für den März 2022 vorgenommen habe und gerade dabei sei, sich terminlich mit dem Baulastträger abzustimmen.

Herr Schaper berichtet, dass es eine Anfrage aus dem Stadtteil Dutum/Dorenkamp gebe, wo gefragt werde, ob im unmittelbaren **Bereich des Matthias-Spitals eine 30er-Zone** eingerichtet werden könne.

Herr Elbers verweist auf TOP 14, wo im Rahmen des KOMM sämtliche Straßen im Stadtgebiet, im Hinblick auf Tempo 30, überprüft werden. In diesem Rahmen werde auch der Bereich des Matthias-Spitals mit bewertet.

Herr Meier fragt zur **Bordsteinabsenkung Ochtruper Straße**, ob diese auf 0 cm abgesenkt werde oder auf 3 cm bleibe. Er regt an, eine taktile Sperrfläche für Blinde und sehbehinderte Menschen einzurichten, wenn die Bordsteinabsenkung mit 0 cm durchgeführt werde.

Herr Roling erklärt, dass man eine Tastkante einrichten werde.

Herr Dr. Konietzko möchte wissen, wie weit man mit der Betrachtung der **Salzbergener Straße**, in Bezug auf das Versetzen des Ortseingangsschildes, gekommen sei.

Frau Schauer erklärt, dass man sich eine generelle Aussage des Ministeriums zur Lage von Ortseingangsschildern angesehen habe. Diese Aussage habe man mit der tatsächlichen Situation an der Salzbergener Straße abgeglichen, wobei man nach erneuter Überprüfung nach wie vor keine Möglichkeit sehe, das Ortsschild Richtung Ortsausgang zu versetzen. Frau Schauer weist darauf hin, dass das Versetzen des Ortsschildes nach interner Prüfung rechtswidrig sei. Sie erklärt, dass man sich mit dem Straßenverkehrsamt des Kreises Steinfurt und den Landesbetrieb Straßen NRW die Situation in einem Ortstermin noch einmal gemeinsam ansehen und bewerten werde.

Herr Tappe erklärt, dass es auf der **L 501 Rheine Richtung Rodde (Hörsteler Straße)** immer wieder im Kreuzungsbereich Nahrodder Straße/Hafenstraße Unfälle mit mehreren Verletzten gegeben habe. Da die Nahrodder Straße und auch die Hafenstraße untergeordnete Straßen seien und die Unfälle immer aufgrund von Missachten der Vorfahrtregelung entstanden seien, regt Herr Tappe an, für diese Stellen eine Stopp-Schild-Regelung zu prüfen.

Herr Elbers erklärt, dass man diesen Unfallbereich der Verkehrsunfallkommission des Kreises Steinfurt vorstellen werde, um geeignete Maßnahmen zur Entschärfung der Situation in dem Bereich vornehmen zu können.

1. Anfrage von Herrn Meier- Sandkampstraße/Düsterbergstraße

Herr Meier erklärt, dass an der Sandkampstraße/Düsterbergstraße eine neue Markierung und 30 km/h geplant sei. Er fragt, wie die neue Markierung aussehen werde und ob man schon einen Zeitrahmen habe. Weiter möchte er wissen, ob in absehbarer Zeit dann bei den Beschäftigten der Emstorwerkstätten noch einmal nachgefragt werden könne, ob es erfolgreich war und ob die Sandkampstraße gefahrlos überquert werden könne.

Frau Schauer nimmt die Anfrage für Herrn Elbers mit. Diese werde dann im nächsten Protokoll beantwortet.

Information für den Bau- und Mobilitätsausschuss
Sitzung vom 27.10.2021

Anfrage des Herrn Meier

Sandkampstraße / Düsterbergstraße

Im Nahbereich der Querungsstelle wurde bereits eine Tempo-30-Beschilderung installiert. Begleitend wird zur Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer temporär eine Geschwindigkeitsanzeigetafel aufgebaut.

Zudem wird aktuell geprüft, ob die Voraussetzungen für geschwindigkeitsüberwachende Maßnahmen vorliegen.

Die Markierungsarbeiten im Bereich der Sandkampstraße werden durchgeführt, wenn die Wetterlage es zulässt. Neben der Bushaltestellenmarkierung wird eine breite Auskreuzung vorgenommen. Erfahrungsgemäß ist voraussichtlich im März 2022 mit der Umsetzung der Maßnahme zu rechnen.

Nach Abschluss der Maßnahmen wird noch eine Kontaktaufnahme zu den Emstorwerkstätten erfolgen. Unabhängig hiervon steht die Straßenverkehrsbehörde generell für Rückfragen zur Verfügung.

Im Auftrag

Rüdiger Elbers
11.01.2022

5. Einwohnerfragestunde

Bürgerin 1

Bürgerin 1 erklärt, dass sie als Vertreterin für die Nachbarschaft erschienen sei. Sie möchte wissen, ob die bekannte Planung bezüglich des Standortes der Ampel noch einmal überdacht werden könne. Aus ihrer Sicht sei die Verkehrszählung zu einem falschen Zeitpunkt und zur falschen Jahreszeit durchgeführt worden. Desweiteren seien Zahlen aus dem Jahr 2010 hinzugezogen worden, die für sie nicht mehr aussagekräftig sein können. Zu diesem Zeitpunkt habe es noch nicht das Restaurant Emskind und auch noch nicht den Verkaufsstand der Fa. Lastering gegeben. Ebenso würden bei einer Verkehrszählung z. B. an einem sonnigen Wochenende mittags andere Zahlen herauskommen, da dann mehr Fußgänger und Radfahrer unterwegs seien, die dann die Kreuzung queren würden.

Frau Schauer erklärt, dass klar gewesen sei, dass die Verkehrszählung zu einer ungünstigen Jahreszeit stattgefunden habe und der Sommer dafür besser geeignet gewesen wäre, wobei man dann auch nur an Werktagen gezählt hätte. Letztendlich habe man einen diffusen Querungsverkehr festgestellt, der auch daher rühre, dass an der Straße entlang gegangen werde, um zu sehen, wo man am besten die Straßenseite wechseln könne. Frau Schauer erklärt, dass man die Situation schnell verbessern möchte und festgestellt habe, dass es mehrere mögliche Stellen zum Queren an der Straße gebe. Aus Sicht der Verwaltung sei es kaum schlüssig eine Stelle

zu wählen, die mittig zwischen den Möglichkeiten zur Querung liege. Zur Planung und dem Zeitplan bittet sie Herrn Pier um eine kurze Ausführung.

Herr Pier vom Landesbetrieb Straßenbau NRW erklärt, dass die technischen Planungen abgeschlossen seien und man die Ausschreibungsunterlagen erstellen könne. Man beabsichtige, mit dem Bau noch vor dem Sommer zu beginnen.

Frau Schauer erklärt, dass man sich schon eine Woche nach dem Unfall mit der Situation auseinandergesetzt habe, um zu prüfen, ob hier Tempo 50 km/h möglich sei. Selbst Herr Dr. Lüttmann habe sich in zahlreiche Urteile eingelese, um eine mögliche Lösung zu finden. Leider musste man zu dem Schluss kommen, dass an dieser Stelle Tempo 50 km/h rechtlich nicht umzusetzen sei. Wie sich das Ministerium mit der Situation vor Ort auseinandergesetzt habe, könne sie nicht sagen, wobei es im Vorfeld keine Telefonate bzw. Vororttermine gegeben habe. Frau Schauer zitiert Auszüge aus der Stellungnahme des Rechtsamtes: „ Die Beurteilung für den richtigen bzw. rechtmäßigen Standort von Ortstafeln bestimmt sich nach der Vorgabe der Straßenverkehrsordnung. Für eine einheitliche Rechtsanwendung, wurden zu diesem Gesetz allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen. Danach gelten für die Anordnung von Ortstafeln mehrere Voraussetzungen, die gleichzeitig erfüllt sein müssen. Es ist zwar richtig, dass die an der Straße angrenzenden Grundstücke von dieser erschlossen sein müssen, es ist aber nicht die alleinige Voraussetzung. Eine geschlossene Ortslage und damit ein Bebauungszusammenhang ist aber bei einer weiträumigen Betrachtung der gesamten, durch die Bebauung geprägten Situation in der Umgebung der Straße, nicht gegeben, da es sich nur um eine Streusiedlung handelt. Es schließen sich gleich mehrere Freiflächen an, die keine typischen innerörtlichen Verkehrsbeeinträchtigungen auslösen.“

Frau Schauer erklärt, dass es hier keine Möglichkeit für Tempo 50 km/h gebe, deshalb habe man den Weg über die Straßenplanung genommen, um eine zügige Lösung zubegeben. Dies sei aus ihrer Sicht genau der richtige Weg.

Bürgerin 1 weist darauf hin, dass das Aufhängen des Smiley-Gebers schon etwas bewirke und sie sich freuen würden, wenn dieser dort öfter aufgehängt würde.

Bürgerin 2

Bürgerin 2 erklärt, dass es immer mal wieder in Schulen Situationen gebe, wo Schüler sich in einem Raum verschanzen. Sie möchte wissen, was es für Möglichkeiten gebe, um zu erreichen, dass Helfer diesen Raum dann schnell finden können. Sie regt an, die entsprechenden Raumnummern in die Fenster zu kleben.

Frau Schauer erklärt, dass sie dies mit der Schulverwaltung besprechen werde und sie von ihnen dann eine schriftliche Antwort erhalten werde.

6. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

7. Salzbergener Straße (L 501); Querschnittsumgestaltung und Ausbau von der Landesgrenze Niedersachsen bis zur Unterquerung der B 70
Vorlage: 047/22

Herr Brauer begrüßt Frau Heimann und Herrn Pier vom Landesbetrieb Straßenbau NRW.

Frau Heimann stellt die Planung für die Querschnittsumgestaltung und den Ausbau der Salzbergener Straße von der Landesgrenze zu Niedersachsen bis zur Unterquerung der B 70 vor.

Herr Weßling fragt, ob es ein Überholverbot (durchgezogene Linie) in der Zone gebe, wo 50 km/h angeordnet werde und ob, wie an anderen Ausfallstraßen auch, eine stationäre Blitzanlage eingerichtet werden könne.

Herr Elbers erklärt, dass man nach dem Ausbau eine Verkehrserhebung durchführen werde, um zu prüfen, ob an der Stelle temporär Verkehrsüberwachungen stattfinden müssen.

Herr Beckmann unterstützt die Anregung von Herrn Weßling, die Ausfallstraße mit einer festen Blitzanlage beidseitig zu versehen.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass er die Anregungen der Anwohner vermisse, den Übergang mit entsprechender Beleuchtung und einer Ampelanlage zu versehen. Dies sei etwas, was er als Vorschlag noch nicht gesehen habe. Weiter fragt Herr Dr. Konietzko, ob mit der Querungshilfe (Randelbach) vor Salzbergen die Grenze nach Niedersachsen erreicht sei.

Herr Pier erklärt, dass man nur das Gebiet in NRW beplanen könne. Aktuell stehe man im Austausch mit der Gemeinde Salzbergen, inwiefern man im Zuge der Baumaßnahme auf Niedersächsischem Gebiet, ca. 330 m bis zum Anschluss an den nächsten Wirtschaftsweg der gleichzeitig Radverkehrsnetz sei, diese Maßnahme vorziehen könne, sodass man dann auf die Querungshilfe verzichten könne. Vom Grundsatz her müsse man dies erst einmal so planen, da man nur bis zur Landesgrenze gehen könne.

Herr Dr. Konietzko weist darauf hin, dass der Radverkehr von Salzbergen nach Rheine sehr umfassend sei, weshalb die Anbindung der Radwege an das städtische Netz schon Sinn mache.

Herr Schaper weist darauf hin, dass nicht alle Ziele der SPD, die in der Vergangenheit dargestellt wurden, berücksichtigt wurden. Man hätte gerne eine Lichtsignalanlage am Kreuzherrenweg gesehen, wobei sie aber glauben, dass die geplanten Maßnahmen zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen werden.

Frau Schauer erläutert, dass durch die Anbringung von Hochborden der Charakter der Straße in einen Ortscharakter verändert werde und man dadurch die Möglichkeit erhalte, 50 km/h anzusetzen. Ihr Dank geht an den Landesbetrieb Straßenbau NRW, der dies ermögliche, obwohl es nicht die günstigere Ausbauvariante sei.

Herr Tahmaz fragt, ob man nicht noch eine bessere Sicherheit durch bauliche Maßnahmen erreichen könne, damit die Fahrzeugnutzer zu langsamerer Fahrweise gezwungen werden.

Herr Weßling weist noch einmal darauf hin, dass es hier um einen sensiblen Bereich gehe und man, um das Unfallrisiko zu minimieren, für den gesamten Bereich 50 km/h anordnen solle. Er fragt, wie lange sich die Bauzeit hinziehen werde.

Herr Pier erklärt, dass, wenn, nach dem Ausschreibe- und Vergabeverfahren, ein Unternehmer zügig den Zuschlag bekäme, die Maßnahme vor den Sommerferien beginnen und in diesem Jahr noch fertiggestellt werden könne.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass er die Einbindung der Anlieger in das Verfahren vermisse. Ihm sei wichtig, dass dies alles mit den Anliegern besprochen werde. Wenn man dann meine, man müsse nach Gesetz und Ordnung gegen den Bürger handeln, dann stimme etwas nicht.

Herr Heeke regt an, mit der Gemeinde Salzbergen zu sprechen, damit die gesamte Strecke nur noch mit 70 km/h befahren werden dürfe. Was die Querungshilfen betreffe, verweist Herr Heeke auf die ausgereiften Modelle in den Niederlanden, wo die Radfahrer in der Mitte der Querungshilfe ein „Z“ fahren müssen, um auf der anderen Seite wieder weiterfahren zu können.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die geplante Querschnittsumgestaltung und den Ausbau der Salzbergener Straße (L 501) von der Landesgrenze zu Niedersachsen bis zur Unterquerung der B 70 des Straßenbaulastträgers Landesbetrieb Straßenbau NRW zur Kenntnis und begrüßt das Vorhaben.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

8. Erhaltungsaufwand an städtischen Gebäuden 2022 **Vorlage: 014/22**

Frau Schauer führt kurz in das Thema ein. Sie erklärt, dass man fast 5 Mio. Euro für die allgemeine Bauunterhaltung der Gebäude zur Verfügung habe. Weiter erklärt sie, dass es noch Budgets für das Brandschutzprogramm, aber auch Sondermaßnahmen wie z. B. die Kopernikus-Sporthalle, das Wärmedämmverbundsystem am Gymnasium Dionysianum, die abgearbeitet werden müssen, gebe. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass man in der ZGW ca. 1,5 Stellen unbesetzt habe, wobei die ganze Stelle zurzeit in der Ausschreibung und die halbe temporär nicht besetzt sei. Man hoffe, dass man eine gute Nachbesetzung hinbekomme, damit man das Programm und die Maßnahmen auch durchführen könne. Sollte man feststellen, dass es nicht zu schaffen sei, werde man dies dem Ausschuss mitteilen und dann schauen müssen, wie man die Prioritäten setzen will.

Herr Kleene erklärt, dass sich die Mitglieder der SPD eine schnellere Bearbeitung des Sanierungsrückstaus bei städtischen Gebäuden wünschen würden und man hierfür mehr Geld, Zeit und Personal zur Verfügung stellen solle.

Herr Moritzer erklärt, dass an der Alexander-von-Humboldt-Schule das Dach saniert und mit einer extensiven Dachbegrünung bestückt werden solle. Man frage sich, ob man nicht gleichzeitig eine Photovoltaikanlage mit anbringen solle.

Frau Schauer weist darauf hin, dass es einen Prüfauftrag diesbezüglich gebe. Man werde sämtliche städtische Gebäude überprüfen und könnte das Ergebnis noch entsprechend berücksichtigen.

Herr Beckmann regt an, dass man sich des Themas in einer separaten Sitzung noch einmal annehmen solle. Er sehe die 1,2 % Substanzerhaltungsschwelle aus dem Jahr 1984 sehr kritisch. Ihn bewege im Moment der enorme Investitionsstau im Rathauszentrum, weshalb er das ganze Thema gerne strategisch ansehen möchte, um gleichzeitig zu hinterfragen, ob das für den Erhaltungsaufwand zur Verfügung gestellte Budget ausreiche.

Frau Schauer erklärt, dass die Unterhaltungsmittel in den letzten 3 Jahren fast verdoppelt worden seien. Allerdings gebe es auch eine personelle Komponente, damit dies alles abgearbeitet werden könne. Natürlich gebe es Sanierungsstaus wie z. B. im Rathauszentrum, wobei man aber sagen müsse, dass man mit vielen Gebäuden auf einem guten Stand sei. Sie regt an, sich des Themas im Zusammenhang mit der CFM-Software anzusehen und dann zu beurteilen, was vorrangig gemacht werden müsse. Dieses müsse dann aber auch im Rahmen des Möglichen sein.

Herr Weßling erklärt, dass ihm bei der Menge der Maßnahmen Zweifel kommen, ob man dies mit dem jetzigen Personalbestand überhaupt schaffen könne.

Frau Schauer erklärt, dass dies jetzt erst einmal der Plan sei und auch davon abhängig sei, ob wenigstens die eine Stelle besetzt werden könne. Natürlich spiele es eine Rolle, wenn Personal abwandere bzw. krank wird. Dies betreffe aber nicht nur die ZGW sondern z. B. auch die zentrale Vergabestelle, wobei dann passieren könne, dass der Zeitplan nicht eingehalten werden könne. Weiter müsse man dann sehen, wie sich der Baumarkt und die Firmenlandschaft entwickeln, um dann gezielt zu reagieren und Prioritäten zu setzen.

Herr Nagelschmidt erklärt, dass ihm in der Auflistung die Herrichtung des Schulplatzes der Nelson-Mandela-Schule fehle.

Frau Schauer erklärt, dass dies keine Aufgabe der ZGW sei, sie aber die Anregung für die Freiflächenplaner mitnehmen werde.

Herr Schomaker bezieht sich auf eine Rückfrage von Herrn Ortel aus dem Schulausschuss, die hier im Bau- und Mobilitätsausschuss beantwortet werden sollte.

Frau Schauer erklärt, dass es bei der Nachfrage im Schulausschuss um den Gebäudeneubauwert in Höhe von 1,2 % gehe. Der Wert gehe vom damaligen Gebäudewert aus und werde über die Baupreissteigerung indiziert. Da sich die Baupreissteigerungen im Moment in einem 2-stelligen-Prozentwert befinden, könne man nicht sagen, ob dies auf Dauer ein valider Wert sein könne, was in der Vorlage auch in Frage gestellt worden sei. Man könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht wissen, wie sich die Situation entwickeln werde. Frau Schauer erklärt, dass die momentanen extremen Schwankungen, wie man sie z. B. im Holzbau sehen könne, erst explodiert seien und sich jetzt aber wieder eingependelt haben. Sie gehe davon aus, dass man 2023/24 erst bewerten könne, wo es mit den Preisen letztendlich hingehen werde. Erst dann könne man von soliden Zahlen sprechen.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zum Erhaltungsaufwand der städtischen Gebäude 2022 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

9. Extensive und intensive Gründächer auf städtischen Gebäuden
Vorlage: 001/22

Frau Jaske erklärt die Unterschiede der extensiven und intensiven Dachbegrünung. Sie stellt die Vorteile, die Rahmenbedingungen, die Unterschiede und deren Auswirkungen getrennt nach intensiver und extensiver Begrünung vor. Weiter weist sie darauf hin, dass die extensive Begrünung deutlich günstiger sei als die intensive Begrünung.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass Dachbegrünungen sehr zukunftsorientiert seien und dass man diese bei Neubauten immer mit berücksichtigen solle. Er möchte wissen, wo man bei bestehenden Gebäuden in der Innenstadt, z. B. dem Marktplatz, eine Dachbegrünung installieren könne.

Herr Schaper fragt, ob man schon einmal darüber nachgedacht habe, Fassaden zu begrünen. Weiter regt er an, dies bei öffentlichen Neubauten in der Planung gleich mit zu berücksichtigen.

Frau Schauer erklärt, dass man dies an der Turnhalle der Paul-Gerhardt-Schule geplant habe, wobei es sich immer an großen geschlossenen Fassaden anbiete.

Frau Wellmann möchte wissen, ob bei einer extensiven Dachbegrünung auch Bienenvölker mit integriert werden können.

Frau Jaske erklärt, dass es generell möglich sei und nur die Begeh- und Erreichbarkeit gegeben sein müsse.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Informationen zum Thema „Extensive und intensive Gründächer auf städtischen Gebäuden“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

10. Einrichtung von Elternhaltestellen
Vorlage: 044/22

Herr Roling erklärt, dass für zwei Schulen geprüft werde, ob Elternhaltestellen eingerichtet werden können. Er weist darauf hin, dass es für die Elsa-Brändström-Schule durch die Neubauplanung ein eigenes Verkehrskonzept geben werde und man sich deshalb einzeln mit der Michaelschule beschäftigt habe. Mit der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei zusammen habe man, in Anlehnung an den ADAC-Leitfaden „Elternhaltestellen“, Bereiche nah der Schule überprüft, wo man nach diesen Kriterien Elternhaltestellen anlegen könne. Herr Roling erklärt, dass man sich für die Beethovenstraße entschieden habe und begründet die Entscheidung. Man werde ein Schild vom ADAC nutzen, mit dem Hinweis auf eine Elternhaltestelle für die Michaelschule. Weiter werde man eine zeitliche Befristung von 7:00 – 8:00 Uhr und 11:30 – 14:00 Uhr vermerken. In

den übrigen Zeiten gelte dann weiterhin die Parkscheinpflcht, sodass die Parkplätze auch für das Matthias-Spital weiter genutzt werden können.

Herr Beckmann möchte wissen, wie man sicherstellen könne, dass die Eltern nur halten und nicht parken, um ihre Kinder dann zur Schule zu begleiten.

Herr Roling erklärt, dass die Gefahr bestehe und hierüber durch die Polizei an der Michaelschule aufklären werde. Ganz verhindern werde man dies nicht können, man werde darauf hinweisen, wie diese Haltestellen zu benutzen seien.

Herr Schaper ist der Meinung, dass diese Maßnahme die Verkehrssicherheit ungemein erhöhen und den Verkehr vor der Schule verringern werde. Allerdings würde man anregen, da das Ganztagsangebot an der Michaelschule gut frequentiert sei, die Zeiten auf den Schildern bis zum Ende des Angebotes auszuweiten.

Herr Roling nimmt die Anregung mit.

Herr Isfort fragt, ob es diesbezüglich einen Ausblick für weitere Schulen gebe.

Frau Schauer erklärt, dass die Elternhaltestellen im Schulausschuss und auch im Bau- und Mobilitätsausschuss kritisch diskutiert worden seien, da die Kinder mit dem Fahrrad zur Schule fahren oder zu Fuß gehen sollen. Man sei sich aber im Klaren gewesen, dass dies nicht immer gemacht werde. Frau Schauer erklärt, dass man sich für die Michaelschule aufgrund der Lage und Brisanz entschieden habe. Sie weist darauf hin, dass man die Situation weiter ansehen und beobachten werde. Natürlich könne es sein, dass man dies auch für andere Schulen aufnehme. Die Stimmung hierzu sei aber eher verhalten gewesen, sodass es noch kein flächendeckendes Umsetzen für weitere Schulen geben werde.

Herr Weßling fragt, ob man mit Elternhaltestellen in dieser Art und Form auch in anderen Städten schon Erfahrungen gemacht habe. Die Mitglieder der SPD sehen es kritisch, wenn kleine Kinder, gerade auch im Winter, im Dunkeln den Weg zur Michaelschule antreten müssen. Er könne es sich nicht vorstellen, dass dann die Elternhaltestellen genutzt werden, sodass es dann trotzdem Verkehr vor der Schule geben werde.

Frau Schauer weist darauf hin, dass man Kindern in dem Alter schon einiges zutrauen könne. Sicher müsse man mit den Kindern das Queren der Straße üben und eng weiter begleiten. Sie erklärt, dass es um 250 m zur Schule gehe und die Kollegen eine Stelle bestimmt haben, wo sicheres Queren der Straße möglich sei. Es gebe die Diskrepanz, nicht zu nah an der Schule zu sein, um die anderen Schülerinnen und Schüler nicht zu gefährden, aber dann auch nicht die Haltestelle zu weit weg von der Schule einzurichten. Auch werde die Schulverwaltung diesbezüglich verschiedene Kampagnen mit den Eltern starten.

Herr Brauer erklärt, dass man eher die Eltern als die Kinder schulen müsse. Dann werde die Situation rund um die Michaelschule auch sicherer werden.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss der Stadt Rheine beschließt die Einrichtung einer Elternhaltestelle für die Michaelschule in der Beethovenstraße.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11. Kommunales Modulares Mobilitätskonzept (KOMM) - Sachstand zum Modul "MIV / Straßennetzplan"
Vorlage: 053/22

Frau Schauer führt in das Thema ein und gibt einen Ausblick auf die Thematik. Hintergrund sei, zu sehen, wo und nach welchen Kriterien man Straßen mit Tempo 30 realisieren könne. Sie erklärt, dass dies im Bau- und Mobilitätsausschuss schon mehrfach diskutiert worden sei und man festgestellt habe, dass an die Veränderung der Geschwindigkeit zu Tempo-30-Zonen bestimmte Voraussetzungen geknüpft seien. Deshalb habe man die Beschlussfassung in drei Bereiche unterteilt. Erst der Beschluss des Straßennetzplanes „Funktionale Gliederung des Straßennetzes“, dann die Einarbeitung der genannten Straßen in die Prioritätenliste „Straßenbau“ mit aufwändigeren und weniger aufwändigeren Maßnahmen und letztendlich der Bereich, in dem nur eine Anpassung der Beschilderung mit Tempo 30 erfolgen müsse. Ihr Fazit sei, dass es sich richtig gelohnt habe, dies noch einmal durchzuarbeiten. Man habe festgestellt, dass es schon viele verkehrsberuhigte Zonen und Tempo-30-Bereiche gebe und noch einige Bereiche gefunden wurden, wo man sich in der Zukunft Tempo 30 vorstellen könne. Erforderlich hierfür seien allerdings noch einige bauliche Maßnahmen, die dann nach einer Priorisierung abgearbeitet werden müssen.

Herr Roling erklärt anhand von Plänen aus dem Straßennetzplan „Funktionale Gliederung des Straßennetzes“ die Hintergründe zur Vorlage.

Herr Dr. Konietzko fragt, wann Tempo 30 in Rheine rechts der Ems z. B. an der Hansaallee, dem Konrad-Adenauer-Ring bis zur Ems eingerichtet werden könne und ob es hierfür einen Masterplan gebe.

Frau Schauer weist darauf hin, dass man eine Straßenprioritätenliste vorbereiten und dem Ausschuss vorstellen werde. Man werde dann einen Zeitrahmen in Aussicht stellen, indem man die 3 Phasen abarbeiten könne.

Beschluss:

1. Der Bau- und Mobilitätsausschuss der Stadt Rheine nimmt die Ausführungen zum Sachstand zum Modul „MIV/Straßennetzkonzept“ des kommunalen modularen Mobilitätskonzeptes zur Kenntnis und beschließt den als Anlage 3 vorgelegten Straßennetzplan „Funktionale Gliederung des Straßennetzes“
2. Der Bau- und Mobilitätsausschuss der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des Straßennetzplanes, die erforderlichen baulichen Maßnahmen für die in Anlage 4 genannten Straßen in die Prioritätenliste Straßenbau einzuarbeiten.
3. Der Bau- und Mobilitätsausschuss der Stadt Rheine empfiehlt der Straßenverkehrsbehörde auf der Grundlage des Straßennetzplanes, weitere Bereiche mit Tempo 30 durch Anpassung der Beschilderung auszuweisen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Verkehrssicherheit für Mesum (K66 - Rheiner Straße) - Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.21
Vorlage: 056/22**

Frau Schauer erklärt zum Arbeitsauftrag der Verwaltung, dass man den Kreisverkehr so verschoben habe, dass man weniger Grunderwerb benötige. Das Ergebnis sei gewesen, dass man dann nur von drei Eigentümern Flächen erwerben müsse, wobei man trotzdem keinen optimalen Kreisverkehr erhalten werde. Aufgrund dessen bleibe der Verwaltungsvorschlag einer zusätzlichen Querungshilfe bestehen.

Herr Roling erklärt, dass man drei Maßnahmen untersucht habe. Einmal sei dies der Kreisverkehr und als zweites eine große Lichtsignalanlage, mit der Berücksichtigung alle Straßenäste, gewesen, was allerdings die Umlauf- und Wartezeiten extrem verlängern würde. Als Alternative könnte man zwei einzelne Fußgängeranlagen installieren, die nur die Querung der Rheiner Straße ermöglichen, aber weiter auseinander liegen würden. Als dritte Variante eine Querungshilfe „An der Kolge“ und noch eine direkt am Hohe Heideweg, sodass Fußgänger und Radfahrer dann auf der richtigen Straßenseite Richtung Ortskern weiterfahren können.

Frau Achterkamp erklärt, dass sie nicht glaube, dass eine weitere Querungshilfe entsprechend frequentiert werde. Ihre Idee sei, dass man auf die weitere Querungshilfe verzichte und dann die vorhandene Querungshilfe durch eine Lichtsignalanlage ersetze.

Herr Roling erklärt, dass die weitere Querungshilfe verhindern solle, dass Radfahrer wie auch Fußgänger nicht auf der falschen Straßenseite zur schon bestehenden Querungshilfe fahren bzw. laufen müssten, um dann die Fahrbahn dort zu queren.

Frau Schauer erklärt, dass sie mit dem Kreis als Baulastträger den Bau der Querungshilfe und alternativ den Bau einer zusätzlichen Lichtsignalanlage abstimmen müsse. Das Gesprächsergebnis mit dem Kreis werde sie dann erneut dem Ausschuss vorstellen.

Frau Friedrich weist darauf hin, dass ihr eine zweite Querungshilfe wichtig sei, damit sich die Radfahrer regelkonform verhalten können.

Beschluss:

- 1.) Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Kreis Steinfurt als Straßenbaulastträger die Möglichkeit des Baus einer zusätzlichen Querungshilfe und einer Fußgängersignalanlage für die K66 Rheiner Straße untersucht und das Ergebnis dem Bau- und Mobilitätsausschuss in einer der nächsten Sitzungen erneut vorstellt.
- 2.) Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass eine Anordnung von Tempo 30 im gesamten Abschnitt der Rheiner Straße rechtlich nicht zulässig ist.
- 3.) Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur wegweisenden Beschilderung und Sammelbeschilderung zur Kenntnis.

(Beschlussvorschlag der Verwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Zeitliches Verschieben von KAG-pflichtigen Straßenbaumaßnahmen aus 2021 - Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Vorlage: 043/22**

Frau Schauer erklärt, dass man mit diesem Beschluss einen offiziellen Auftrag bekommen möchte, auch die KAG-pflichtigen Maßnahmen, die schon im Jahr 2021 im Haushalt enthalten waren, aber noch nicht fertig gestellt worden seien, ruhen zu lassen. Man würde dann im Rahmen der Straßenprioritätenliste aufzeigen, wie man dies für die Zukunft verteilen würde, wohlwissend, dass sich dies auch wieder ändern könne. Somit erhalte man für die Verwaltung ein Signal, dass die Haushaltsmittel nicht übertragen werden, sondern diese wenn nötig, wieder neu in den Haushalt eingestellt würden.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, die Straßenbaumaßnahmen, die im Haushaltsplan für 2021 vorgesehen waren und bei denen KAG-Beiträge fällig werden, zunächst auszusetzen und im Rahmen der Prioritätenliste für die Jahre 2023 fortfolgende neu einzuordnen. (Beschlussvorschlag der Verwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Marode Sandsteinmauer im Salinenpark
Vorlage: 055/22**

Frau Jaske erklärt, dass weiterhin der sukzessive Rückbau der Sandsteinmauer, analog der letzten Vorlage, vorgeschlagen werde. Allerdings gebe es bei der Art der Bepflanzung eine Änderung. Hier werde nun als Bepflanzung eine Rotbuchenhecke vorgesehen. Zudem können kränkelnde Lebensbäume der bestehenden Hecke sukzessive durch Rotbuchenhecke ersetzt werden.

Herr Schaper erklärt, dass die Mitglieder der SPD die Sandsteinmauer als erhaltenswert ansehen. Sie bildet den Eingang für Bentlage und schließt den Salinenpark ab. Er weist darauf hin, dass mit dieser Vorlage keine Abwägung stattfinden könne. Für sie fehlen wesentliche Daten, die eine differenzierte Entscheidung zulassen. Ihnen fehlen bauliche Anforderungen, wobei konkrete Angebote zur Sanierung einzuholen seien. Es stünden noch viele Fragen im Raum, wie z. B. zum Fundament der Mauer und in welchem Umfang eine Sanierung/Restaurierung stattfinden müsse. Weiter sei ihnen die kalkulierte Spanne von 62.000,00 Euro bis 125.000,00 Euro zu ungenau. Es solle auch eine Fördermöglichkeit für die Maßnahme geprüft werden. Da die Mauer schon lange renovierungsbedürftig sei und somit die Zeitfrage kein Problem darstellen dürfe stellen die Mitglieder der SPD einen geänderten Beschlussvorschlag vor:

„1. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung:

- a) die Bausubstanz der Sandsteinmauer zu untersuchen und zu bewerten
- b) die Kosten für eine mögliche Sanierung/Restaurierung detailliert aufzustellen und Alternativen aufzuzeigen
- c) zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten für die Sanierung/Restaurierung der Mauer herangezogen werden können

2. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, die sukzessive Rodung der kränkelnden Lebensbaumhecke und den Ersatz mit einer Rotbuchenhecke.
3. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, das Aufstellen einer Informationstafel, die über die Geschichte des ehemaligen Hofes und der Sandsteinmauer informiert. Dabei soll der Kulturausschuss mit den inhaltlichen Aspekten der Informationstafel involviert werden.“

Herr Beckmann berichtet, dass auch in ihrer Fraktion heftig diskutiert worden sei. Fazit sei gewesen, dass die Mauer erhalten bleiben solle, aber nicht zu jedem Preis. Aus ihrer Sicht müsse es einen runden Tisch unter Führung der Verwaltung mit Bentlager Akteuren geben.

Frau Schauer erklärt, dass in der Vorlage von 2021 mitgeteilt wurde, dass man Angebote eingeholt habe und Ergebnisse von 62.000,00 Euro bis 125.000,00 Euro erhalten habe, was aber auch ganz normal sei. Was man letztendlich zahlen müsse, könne nur durch eine Ausschreibung ermittelt werden. Man habe sich die Mauer mit Fachfirmen und der TBR angesehen, wobei sie keinen Sinn darin sehe, noch weitere Firmen oder Gutachter anzufragen. Sie weist darauf hin, dass es ein Förderprogramm mit einer 80%igen Förderung gebe, wobei es allerdings eine Bagatellgrenze gebe. Wenn man dem folgen solle, benötige man einen Beschluss und auch Haushaltsmittel für den Eigenanteil. Für sie gebe es keine offene Frage mehr, sondern es müsse eine Entscheidung getroffen werden. Frau Schauer ergänzt, dass die Kosten für die Unterhaltung der Buchenhecke sich auf 150,00 Euro – 250,00 Euro pro Jahr belaufen werden.

Herr Schomaker weist auf eine noch nicht betrachtete Option hin, bei der die Mauer an der Stelle abgetragen werde und in den Park integriert würde. Somit könne sie von den Bäumen durch den Wuchs nicht mehr beeinträchtigt werden.

Frau Friedrich fragt, ob es möglich sei, die Mauer nicht als Ganzes zu erhalten, sondern Mauerteile als Zeichen für eine Hofstelle stehen zu lassen. Dies wäre vielleicht eine gute Kompromisslösung, die man mit den Akteuren vor Ort noch einmal besprechen solle.

Frau Willers erklärt, dass die Mauer für sie in das ganze „Ensemble Bentlage“ einstimme und somit Symbolwirkung habe. Wenn man dort entlang fahre, bekomme man die Einstimmung als gebe es hier ein Märchenschloss, was auch noch durch den vorhandenen Brunnen ergänzt werde. Sie habe das Gefühl, dass die Mauer nur an einer Stelle von den Bäumen beeinträchtigt sei. Im Eingangsbereich befinde sich noch eine Eibe, auf die man evtl. verzichten könne, um ein weiteres Hochdrücken zu vermeiden. Frau Willers erklärt, dass es ihr wichtig sei diese Mauer zu erhalten.

Herr Beckmann bittet zu prüfen, ob es in Bezug auf Fundraising oder Ehrenamt Möglichkeiten der Mitarbeit gebe.

Herr Schaper erklärt, dass aus ihrer Sicht die von Herrn Beckmann genannte Möglichkeit die letzte Stufe sein solle. Erst müssten alle anderen Möglichkeiten geprüft werden.

Herr Weßling weist darauf hin, dass sie dem heutigen Beschlussvorschlag so nicht folgen können, da sie der Meinung seien, dass es Möglichkeiten des Erhaltens der Mauer gebe.

Frau Schauer erklärt, dass sie von der Politik konkrete Arbeitsaufträge benötige, um weiter arbeiten zu können.

Frau Friedrich spricht sich für das Vertagen der Beschlussfassung aus.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass die politischen Vertreter jegliche Möglichkeiten von bürgerlichen Beteiligungen abklären sollten, um dann alle Informationen zur nächsten Beschlussfassung zum Erörtern mitzubringen.

Herr Huesmann erklärt, dass man eine Art Arbeitskreis mit Ortsbegehung machen solle, um einen gemeinsamen Vorschlag für den nächsten Ausschuss vorrätig zu haben.

Frau Schauer erklärt, dass man sehen müsse, ob es eine Möglichkeit gebe, dies aus Haushaltsübertragungen zu bestreiten. Man sei bislang mit den Überlegungen noch nicht so weit gewesen und sie könne im Moment hierzu nichts Konkretes sagen.

Herr Brauer erklärt, dass er im Moment dem Antrag auf Vertagung von Frau Friedrichs gut folgen könne, da auch er einen interfraktionellen Austausch bei einem Ortstermin für notwendig ansehe.

Herr Brauer lässt über den Antrag von Frau Friedrich, die Beschlussfassung zu vertagen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Abstimmungsergebnis: Vertagung der Beschlussfassung

15. Anfragen und Anregungen

Herr Moritzer erklärt, dass durch den Pavillon der Fa. Scholhölter auf dem **Borneplatz Fahrradstellplätze** weggefallen seien. Er fragt, ob man neue Stellplätze anbringen könne, damit die Fahrräder wieder vernünftig geparkt werden können. Weiter sei er von Bürgern angesprochen worden, dass mittlerweile **Tauben und evtl. Fledermäuse im Hertie-Gebäude** eingezogen seien. Er möchte wissen, ob es noch eine Begehung mit einem Biologen gebe. Weiter hat Herr Moritzer eine Anfrage zum **Weg Mühlentörchen- Bodelschwinghbrücke**, weil er festgestellt habe, dass der Belag nach Regen völlig aufgeweicht sei. Er fragt, ob dort eine andere Art der wassergebundenen Decke aufgetragen werden könne.

Frau Schauer erklärt, dass es im Oktober 2021 eine Begehung mit einem Sachverständigen in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde vom Kreis gegeben habe. Dort seien Spalten zugemacht worden, in denen sich Fledermäuse hätten einnisten können.

Herr Roling erklärt, dass ein Förderantrag für Fahrradständer im Bereich Borneplatz gestellt worden sei und die Maßnahme gerade ausgeschrieben werde. In dem Zusammenhang werde man auch einige Fahrradständer im Bereich des Containers aufstellen können.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass aufgrund des Alters und der Abnutzung der Radwegdecke das Problem bestehe. Er werde sich dieses Problem Vorort ansehen.

Herr Kleene erklärt, dass die **Lichtsignalanlage Höhe der Schützenstraße/Aloysiusstraße** nicht passend geschaltet sei, da es oft einen Rückstau auf der Aloysiusstraße gebe. Er bittet, die Ampelanlage zu überprüfen.

Herr Roling weist darauf hin, dass es schon einen Termin mit der Fachfirma gegeben habe und die Firma das passende Programm wieder aufspielen werde.

Herr Brauer erklärt, dass die Maßnahme **Bahnunterführung Hörstkamp**, nach seinem Wissenstand, am 31.01.2022 abgeschlossen sein solle. Er fragt zum derzeitigen Sachstand.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Maßnahme zeitlich passend ausgeschrieben worden sei, allerdings habe man hierfür kein Angebot erhalten. Dies zeige, wie dicht die Bauwirtschaft ausgelastet sei, wenn selbst ein Bauvorhaben in Höhe von 1,2 Mio. Euro keine Firma fände. Man habe die Maßnahme ein zweites Mal ausgeschrieben und jetzt ein Angebot erhalten. Die Fertigstellung der Maßnahme könne jetzt, zwar mit Verzögerung, in Angriff genommen werden. Den Baubeginn bzw. die Terminierung der Fertigstellung könne er zurzeit noch nicht nennen und werde diese Daten nachreichen.

Herr Nagelschmidt erklärt, dass es eine Anfrage einer bayrischen Stadt gebe, die ihre Ampeln auch mit **Haltegriffen für Fahrradfahrer** ausstatten möchte. Da die Kosten der Griffe von der bestellten Menge abhängig sei und die bayrische Stadt von der gleichen Firma ein Angebot habe wie die Stadt Rheine, frage er sich, ob man sich nicht an diesen Auftrag schon jetzt dranhängen könne.

Frau Schauer erklärt, dass dies schon im Arbeitskreis diskutiert worden sei. Ergebnis sei gewesen, dass dies in diesem Jahr nicht erfolgen solle. Man werde es nächstes Jahr wieder diskutieren und neu eine Entscheidung treffen.

Frau Wellmann berichtet, dass die **Radwege mit roter Pflasterung** am Kardinal-von-Galen-Ring **bei Regen sehr rutschig** seien. Sie bittet, dies zu prüfen, da schon viele Menschen gestürzt sind. Vielleicht könne man einen neuen Belag aufbringen oder den Alten aufräumen.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass diese Beläge älter und somit glatter seien, als die neuen Beläge, die heute verbaut werden. Wenn man diesen Zustand ändern wolle, müsse man ca. 500 qm austauschen, was natürlich Kosten verursache. Er erklärt, dass man den Belag nicht aufräumen könne, da es sich hier um gebrannten Stein handle. Natürlich könne ermittelt werden, um wieviel Quadratmeter Fläche es sich handelt und die Kosten hierfür ermitteln.

Frau Willers ergänzt die Aussagen von Frau Wellmann insofern, dass sie festgestellt habe, dass die Radwege auch nicht gestreut werden und es viele Unfälle wegen Glatteis gegeben habe.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass das Streuen der Radwege nach Priorität erfolge. Es werde in Listen festgelegt, wann und wo gestreut werde. Er weist darauf hin, dass es Strecken gebe, die nicht gestreut werden können, da hierfür die Kapazitäten nicht ausreichen. Man müsse dann überlegen, ob die Priorität oder die Grundkapazität geändert werden solle, was zusätzlich Kosten verursachen würde. Er warne davor, dies im Winter zu entscheiden, da man die ganze Situation vom Grundsatz her ansehen müsse.

Frau Wellmann bittet, sich die Pflasterungen bei Hauptstrecken wie z. B. vom Bahnhof zum Gymnasium Dionysianum oder zu den Kaufmännischen Schulen u. a. anzusehen und abzuschätzen, ob man hier etwas verändern könne.

Herr Isfort fragt, ob es bezüglich der **E-Scooter** Neuigkeiten gebe.

Frau Schauer erklärt, dass man in der Abstimmung sei. Es müsse noch geklärt werden, wo diese dann parken dürfen. Es werde noch Gespräche zur Feinabstimmung geben. Wenn man dann eine Einigung erzielt habe, werde man dies dem Ausschuss noch einmal vorstellen.

Ende der Sitzung:

20:34 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok - Niederschrift
Anke Fischer - Schriftführerin i. d. Sitzung